

LEITARTIKEL

Wahl-Empfehlung

In den USA und Großbritannien ist es eine gute Übung, dass in den Leitartikeln der Zeitungen konkrete Wahlempfehlungen ausgesprochen werden. Das ist nicht unseriös, sondern eine besondere Form der Reife. Und spannender Lesestoff ist es allemal.

Hierzulande ist es nicht üblich. Es gibt auch dafür gute Gründe:

Gauck oder Wulff? – Henning Noske legt sich fest



Es soll schließlich nicht der Eindruck entstehen, dass der Leser manipuliert wird.

Weil aber die Mitglieder der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählen, über jeden Zweifel erhaben sind, können wir es ja mal riskieren.

Meine Empfehlung lautet: Wählen Sie Joachim Gauck. Er ist der bessere Bundespräsident. Er hält die Reden, die wir jetzt brauchen. Er ist die Persönlichkeit, die jetzt über den Parteien stehen sollte. Wählen Sie nicht Christian Wulff. Er ist der bessere Ministerpräsident für Niedersachsen. Und die Union braucht einen starken

Mann für die Zeit nach Angela Merkel. Christian Wulff ist der bessere Bundeskanzler.

Nun werden Sie sagen: Das wird Wulff doch wohl selbst unterscheiden können. Nein, das kann er eben nicht, weil das Bundespräsidentenamt kein Erfüllungsort persönlicher Karriereplanungen ist. Es hilft nichts, aber durch den überflüssigen, rätselhaften und in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Rücktritt von Horst Köhler ist jetzt ein Befreiungsschlag von ganz anderer Qualität nötig.

Und der heißt Gauck, weil er tatsächlich das gesamte demokratische Spektrum zu binden und die Bürger emotional zu berühren vermag. Joachim Gauck wird wieder die Reden halten, die wir zuletzt vermisst haben.

Seine Kandidatur hat im Grunde genommen nur einen einzigen Schönheitsfehler: Die Wahl des Parteilosen würde im Machtkäuf von Rot und Grün als Sieg über Schwarz und Gelb gewertet – und mithin als Vorzeichen für neue Mehrheiten und Machtwechsel. So ist es immer gewesen.

Doch auch von diesem Ritual sollten wir endlich Abschied nehmen. Gauck ist in dieser Situation schlicht der bessere Mann für das Amt des Bundespräsidenten. Auch eine Kanzlerin Angela Merkel könnte gut mit ihm leben.

KOMMENTAR

Lauter Einäugige

Aufrichtigkeit gehört zu den Tugenden, die in der Politik am meisten ignoriert werden. Doch manchmal ist sie für die Regierung eines Landes notwendig, um Schaden abzuwenden. Das gilt derzeit für die Türkei und Israel.

Susanne Güsten über den Gaza-Streit der Türken und Israelis



Nach den Aktionen gegen Schiffe mit Hilfsgütern für Gaza sollten beide Regierungen damit aufhören, sich nur das herauszupicken, was ihnen in den Kram passt. Die Türkei macht sich ungläubwürdig, wenn sie die zivilen Opfer der israelischen Politik in Gaza be-

klagt, aber zu zivilen Opfern von Regimen im Iran schweigt. Wenn sie wirklich eine respektierte Regionalmacht werden will, muss die Türkei den Eindruck vermeiden, sie sei auf einem Auge blind.

Es ist aber auch lächerlich, wenn Premier Netanjahu die Aktivisten aus Irland auf dem Schiff „Rachel Corrie“ als friedliebend lobt, die aus der Türkei aber als Terrorhelfer verdammt. Entweder betrachtet er die Gaza-Blockade als notwendig – oder nicht. Iren und Türken hatten ähnliche Hilfsgüter an Bord. Eine Unterscheidung zwischen guten und bösen Blockadebrechern ist Unsinn.

Netanjahu will die – muslimischen – Gaza-Helfer als Terroristen abstempeln und den Westen auf seine Seite ziehen. Doch auf mehr Verständnis für Israels Lage kann er nur hoffen, wenn er die Fehler seiner Gaza-Politik aufrecht einräumt.

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Freibier für alle macht beliebt. Aber dann fährt der Karren vor die Wand.“

FDP-Chef Guido Westerwelle zum Auftakt der Sparklausur des Bundeskabinetts.



Karikatur: Jürgen Janson

GASTKOMMENTAR

Das Gebot heißt Sanierung

Europa und der Euro stecken derzeit in einer schweren Krise. Unmittelbarer Auslöser waren die Spekulationen gegen Griechenland, nachdem die griechische Regierung die Defizitzahlen mehrfach korrigieren musste.

Der eigentliche Grund für die Vertrauenskrise des Euro ist aber die in vielen Euro-Staaten seit Jahren enorm angewachsene Staatsverschuldung. Auch Deutschland hat in den letzten 40 Jahren über seine Verhältnisse gelebt.

Daher ist die Sanierung der Staatsfinanzen jetzt in allen Euro-Staaten das Gebot der Stunde. Wenn auch unsere Situation nicht mit der in vielen Mittelmeerstaaten vergleichbar ist, stehen auch wir vor schmerzhaften Einschnitten in gewohnte staatliche Leistungen.

Neben diesen nationalen Anstrengungen brauchen wir auch eine Verbesserung der gemeinsamen europäischen Spielregeln und eine Überarbeitung des Euro-Stabilitätspakts. Natürlich sind Änderungen an den europäischen Verträgen nicht einfach. Aber es wäre falsch, deshalb von vornherein darauf zu verzichten. Einfacher ist es dagegen, die Regeln des bestehenden Stabilitätspakts neu zu beleben.

Denn nachdem die rot-grüne Bundesregierung 2004 dafür sorgte, dass Defizitstaaten keine ernsthaften Folgen zu fürchten haben, kann der Pakt seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen. An diesem Punkt würde ich mir mehr Einsatz der Kommission wünschen.

Im Zusammenhang mit den Hilfs-

„Viel zu oft wird vergessen, dass das Exportland Deutschland überdurchschnittlich vom Euro profitiert“



Gunther Krichbaum, Bundestagsabgeordneter der CDU, Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

paketen macht sich in Deutschland eine zunehmende Skepsis gegenüber der EU und dem Euro breit, die leider von manchen Medien noch angeheizt wurde. Viel zu oft wird dabei vergessen, dass gerade das Exportland Deutschland überdurchschnittlich vom Euro profitiert. Die Hälfte unserer Exporte geht in die übrigen Euro-Staaten, und allein der Wegfall der Währungsschwankungen spart der deutschen Wirtschaft jährlich 8 bis 10 Milliarden Euro.

Aber der Euro und die vertiefte politische Union sind für ganz Europa ein Gewinn. Ob bei den weltweiten Klimakonferenzen, den Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder beim Swift-Abkommen zur Übermittlung von Bankdaten in die USA hat sich eines deutlich gezeigt: Jeder europäische Staat ist für sich genommen viel zu klein, um im Wettbewerb der globalisierten Welt eine ernsthafte Rolle spielen zu können.

Daher gibt es zur Europäischen Union keine Alternative, wenn die europäischen Staaten auch in Zukunft in diesem Wettbewerb bestehen wollen. Das Ende des Euro wäre das Ende einer EU, die mehr ist als ein lockerer Handelsklub.

Es liegt gerade im deutschen Interesse, ein solches Scheitern der europäischen Idee zu verhindern.

PRESSESTIMMEN

Keine Herkules-Aufgabe

Die „Landeszeitung“ aus Lüneburg befasst sich mit dem Sparkpaket: „Die Koalition spitzt den Rotstift – begleitet von kräftigen Kurswechsel-Fanfare. Dabei ist das Einsparen von jährlich zehn Milliarden Euro keine Herkules-Aufgabe, die das Gesicht der Republik zwangsläufig verändern muss. Ob es der FDP beim Sparen in den Sinn kommt, nicht nur auf Hartz-IV-Empfänger und Familien zu schauen, sondern sich die Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers zu schenken? Mit ihrem selbst auferlegten Verzicht auf Steuererhöhungen berauben sich Union

und FDP ihres Gestaltungsspielraumes. Zwar bedürfte es Mut, etwa eine PKW-Maut durchzusetzen. Doch eine neue Geldquelle zu erschließen, die sich noch dazu ökologisch begründen lässt, würde zumindest sicherstellen, dass man die bürgerliche Koalition mit Modernisierung in Verbindung bringt, nicht nur mit Mövenpick.“

Coup geglückt

Der „Mannheimer Morgen“ schreibt zum Bundespräsidenten: „In den Reihen des bürgerlichen Lager wird Gauck nicht als rot-grüner Missionar gesehen, sondern als

DIE POLITISCHE WOCHE

Von Christian Kerl

Neue Verbote?

Montag: In Berlin lädt das Auswärtige Amt zu einer Konferenz zum Chemiewaffen-Abkommen ein.

Welche Zukunft hat Gen-Technik?

Dienstag: Der runde Tisch zur Gen-Technik in der Landwirtschaft kommt in Berlin zusammen. Erwartet wird unter anderem Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU).

Was hilft gegen Armut?

Dienstag: Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Hans-Böckler-Stiftung beraten in Berlin über das Thema „Wege aus der Kinderarmut“.

Steuer auf Boni?

Mittwoch: Die Bundestagsausschüsse und der Finanzausschuss befassen sich mit der Frage, ob für die Finanzbranche eine Boni-Steuer eingeführt werden soll.

Welche Schule ist die beste?

Mittwoch: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ehrt die beste Schule Deutschlands – insgesamt werden sieben deutsche Schulen ausgezeichnet.

Wie viel darf Bildung kosten?

Donnerstag: Die Ministerpräsidentenkonferenz trifft sich in Berlin zum „3. Bildungsgipfel“ zur besseren Finanzierung von Bildung und Forschung.

Was ändert sich in der Klimapolitik?

Donnerstag: Inge Paulini, Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen, erläutert neue Strategien in der Klimapolitik im Vorfeld des Weltklimagipfels in Cancun in Mexiko.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:
Harald Wahls (Sprecher), Andreas Günther
Chefredakteur:
Stefan Hans Kläsener (amtierend)
Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:
Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus (i. V.)
Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper
Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Hans-Dieter Schlawis
Leser-Redaktion: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Raphael Feldmann Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche
Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,
38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0
Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:
<http://www.newsclick.de>